

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

28.3.1922 (No. 74)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Straße Nr. 14  
Bernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortliche  
Hauptredakteur  
G. A. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, Betriebs-  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwelts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 26 M. — Einzelnummer 50 P. — Anzeigengebühr: 1.— M für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen karistischer Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitragszahlung und Kontostundenverrechnung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von späterer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Der Fall Baumann.

Am 26. März hat der Disziplinarhof für nichtrichtliche Beamte gegen Eimann Baumann wegen Verweigerung des Eides auf die Reichs- und Landesverfassung auf Dienstentlassung erkannt.

### \* Frankreich und England.

Die Veröffentlichung des Memorandums, das Lloyd George im Jahre 1919 der Friedenskonferenz in Paris unterbreitete, hat allen denen Recht gegeben, die von vornherein an einen einschneidenden Gegensatz zwischen England und Frankreich in der Friedensfrage glaubten. Daß wir selbst zu dieser Kategorie gehört haben, wissen unsere Leser. Insofern besteht heute also nunmehr vollkommene Klarheit: Lloyd George hat innerlich den Friedensvertrag von Versailles nicht gebilligt, billigt ihn heute noch nicht und verurteilt demgemäß auch die Gesamttendenz der französischen Politik, wie sie nach Abschluß des Friedensvertrages in Erscheinung getreten ist.

Offen bleibt dagegen noch immer die Frage: Wie hat es kommen können, daß Lloyd George seiner besseren Einsicht und seiner besseren Überzeugung zum Trotz der französischen Politik immer wieder nachgegeben hat? Es gibt für diese Frage zwei Antworten. Welche die richtige ist, wird im Augenblick bei uns in Deutschland aber niemand sagen können.

Die eine Antwort würde von der Annahme ausgehen, daß sich England aus diesen oder jenen Gründen schäufeltesten Falls mit Frankreich die Waffen zu zeigen, um seiner Anschauung zum Siege zu verhelfen, bzw. daß England das Risiko eines solchen Krieges für zu groß hält, um es für eine Frage, wie die deutsche es ist, in die Waagschale zu werfen. Die andere Antwort müßte sich an die Psychologie des Politikers Lloyd Georges halten und annehmen, daß er wohl ein kluger und weitblickender, aber nicht ein energischer und tatkräftiger Staatsmann ist, das heißt, daß Lloyd George nicht die Kraft besitzt, um seine als richtig erkannten Anschauungen auch mit dem nötigen Nachdruck zu vertreten und in die Tat umzusetzen. Denn, mag Frankreich auch unter dem Einfluß der Politik Lloyd Georges hier und da zurückgekehrt haben, so ist das diplomatische Spiel zwischen England und Frankreich doch im wesentlichen durch die größere Nachgiebigkeit Englands gekennzeichnet.

Wir haben die Pflicht, in diesem Zusammenhang Notiz zu nehmen von einer Äußerung, die dieser Tage ein Mitglied der Reparationskommission — es ist aber kein Franzose — einem deutschen Freunde gegenüber getan haben soll. Nach dieser Äußerung verfolgt Poincaré nachwieder mit unerbittlicher Bähigkeit den Plan, das linke Rheinufer mit samt dem auf dem rechten Rheinufer gelegenen Ruhrrevier zu annektieren, noch weitere Teile Deutschlands zu besetzen und es durch diese Besetzung den Main entlang in zwei auch staatsrechtlich getrennte Gebiete zu zerlegen. Es gebe nichts auf der Welt, was Poincaré von der Durchführung dieses Planes abhalten könne. England aber denke gar nicht daran, um Deutschlands Willen einen Bruch bzw. einen Krieg mit Frankreich zu riskieren, es werde sich darauf beschränken, mit Frankreich zusammen einzumarschieren, um so wenigstens das Schlimmste verhüten zu können.

Wir möchten einstweilen die Richtigkeit dieser Äußerung bezweifeln. Sollte sie zutreffen, so würde das nichts anderes bedeuten, als daß England endgültig die Herrschaft über den Kontinent an Frankreich abtritt. Und daran zu glauben, wird jedem schwer fallen, der die Geschichte der englischen Politik kennt, und der weiß, wozu die wirtschaftlichen Interessen ziehen.

Aber immerhin: Wenn man sich die Tatsache vergegenwärtigt, daß Lloyd George trotz besserer Einsicht bisher noch immer vor dem französischen Imperialismus zurückgewichen ist — man denke u. a. nur an die nach der Riktire jenes Memorandums doppelt aberwichtig erscheinende Entscheidung in der obersteinsten Frage —, so könnte man fast versucht sein, den letzten Rest von Optimismus, den man sich noch bewahrt hat, zu verabschieden und sich auf die Tatsache einer völligen Unterordnung Englands unter die Pariser Wünsche einzurichten.

Andererseits leidet aber gerade der Umstand, daß Lloyd George jetzt in diesem Augenblick jenes Memorandum im Wortlaut veröffentlicht hat, der Annahme Vorschub, daß Lloyd George entschlossen ist, den Kampf, und zwar zunächst den diplomatischen Kampf, mit Frankreich in aller Form aufzunehmen. Denn selbstverständlich muß die Veröffentlichung dieses Memorandums, in welchem doch die französische Politik Deutschland gegenüber ziemlich reslos verurteilt wird, in Frankreich wie ein Trompetenschlag wirken und zugleich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Tatsache lenken, daß zwischen England und Frankreich ein nunmehr offen eingestandener Gegensatz besteht in einer der wichtigsten politischen Fragen, die zurzeit die große Politik beherrschen. Man wird jetzt abzuwarten haben, welche Vollmachten sich Lloyd George vor seiner Abreise nach Genau von dem englischen Parlament geben läßt, und mit welchen Darlegungen er vor dieses Parlament treten wird. Vielleicht werden wir dann bereits eine Antwort auf die oben von uns aufgeworfene Frage erhalten, welche Beweggründe England bisher veranlaßt haben, vor dem französischen Imperialismus zurückzuweichen.

Daß im übrigen durchaus die Möglichkeit vorhanden ist, in gütlicher Übereinkunft gerechte und segensreiche Beschlüsse für einen besiegten Staat zu fassen, beweist das Exposé, das jetzt über die Orientkonferenz der drei alliierten Außenminister (Englands, Frankreichs und Italiens) veröffentlicht wird. Im großen und ganzen bedeutet doch diese (weiter unten mitgeteilte) Entscheidung ein großes Entgegenkommen gegenüber der Türkei, ein Entgegenkommen, auf welches Deutschland bisher vergebens gewartet hat. Was aber der Türkei recht ist, sollte uns billig sein!

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Aussprache mit den Ministerpräsidenten der Länder.

Gestern nachmittags 3 Uhr fand im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit der Reichsminister des Auswärtigen und des Innern, des Reichswirtschaftsministers und des Leiters des Wiederaufbauministeriums eine Aussprache mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Note der Reparationskommission statt. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen entwickelten in näheren Ausführungen die Anschauungen der Reichsregierung. In der Aussprache, an der sich die Minister und die Präsidenten der meisten Länder beteiligten, ergab sich Übereinstimmung in den Grundgedanken der von der Reichsregierung in dieser Frage befolgten und durchzuführenden Politik, die heute in der Rede des Reichskanzlers ihren Ausdruck finden wird.

#### Milderungen für die Türkei.

Die drei alliierten Außenminister haben vorgestern die Beratungen über die Orientfrage in einer späten Nachtsitzung beendet. Die Entscheidungen sind in einem Exposé niedergelegt. Die Minister wünschen die türkische Nation und türkische Macht unter Bedingungen wiederherzustellen, die es der Türkei gestatten, unter Wahrung der Hauptstadt Konstantinopel wieder ein unabhängiges nationales Dasein zu führen. Sie wünschen ferner, den Muslimen das gerechteste Regime sicherzustellen und die Jahrhunderte alte Autorität des Sultans aufrechtzuerhalten. Andererseits wünschen sie der griechischen Nation eine Schadloshaltung für die Opfer zu geben, die sie während des Krieges für die Alliierten auf sich genommen hätte. Damit für die Zukunft zwischen den beiden Völkern gegenseitiges Vertrauen herrsche, hätten die drei Minister Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für Minderheiten, Muslime und Griechen, in Europa und Asien vorgezogen. Wenn die Räumung Kleindiens mit Erfolg durchgeführt werde, werde die türkische Souveränität in Anatolien vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer und von der Grenze Transkaukasus und Persiens bis zum Ägäischen Meere sichergestellt. In Europa werde Konstantinopel und ein breiter Streifen Ostthrakiens unter voller Souveränität des Sultans bleiben. Die alliierten Streitkräfte und Militärinspektionen in Gallipoli würden über die Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen wachen. Die armenische Frage soll dem Völkervertrag zur Entscheidung anvertraut werden. Die finanzielle Unabhängigkeit der Türkei werde in weitestem Maße gesichert werden. Die Verwaltung der Dekte ottomane werde jedoch aufrecht erhalten, da sie sich bewährt habe. Unter Vorbehalt gewisser Schutzmaßnahmen würde für die wirtschaftlichen Interessen der Alliierten keine weitere Finanzkontrolle der Türkei stattfinden. Alle diese Vorschläge der alliierten Minister würden den in Frage kommenden Staaten übermittelt, die aufgefordert würden, innerhalb drei Wochen in eine noch näher zu bestimmende Stadt Vertreter zu entsenden.

Nach den von den drei alliierten Außenministern festgesetzten Bedingungen für den Frieden zwischen der Türkei und Griechenland soll der Türkei das Recht zustehen: 45 000 Mann Genarmee und ein reguläres Heer von 40 000 Mann, also 85 000 Mann zu unterhalten, während im Vertrag von Sevres

nur 50 000 Mann vorgesehen waren. Die Entscheidung des Verbündeten stellt den Grundsat auf, daß in keinem ehemaligen feindlichen Lande das System der Aushebung von Rekruten bestehen bleibt. In dessen seien die Außenminister bereit, gemeinsam mit der türkischen Regierung in freundschaftlichem Geiste die Festsetzung eines bestimmten Zeitraumes zu prüfen, nach dessen Ablauf von der Türkei Freiwillige angenommen werden dürfen. Wenn die Türkei zur Bildung der Genarmee die Unterstützung ausländischer Offiziere wünscht, so könnten diese zur Verfügung gestellt werden. Hinsichtlich der Kapitulation soll die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei in weitestem Maße gewährt werden. Drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages soll eine Kommission gebildet werden, in der England, Frankreich, Italien, Japan und die Türkei vertreten sind, um das in steuerlicher Beziehung bestehende Kapitulationsystem zu revidieren. Auch in juristischer Hinsicht soll ein Reformatenplan für die Kapitulation aufgestellt werden und zwar ebenfalls durch einen Ausschuss, in dem die Türkei vertreten ist. Ihm soll es freistehen, ein gemischtes oder einheitliches System zu schaffen.

#### Clemenceaus Antwort auf Lloyd Georges Note.

Die Veröffentlichung der englischen Note vom 26. März 1919, in der Lloyd George seine Bedenken gegen den Frieden der Bergewaltung zum Ausdruck brachte, den die französische Regierung Deutschland aufzuerlegen entschlossen war, hat in den politischen Kreisen Frankreichs starke Verwirrung hervorgerufen. Man sieht in ihr die Einleitung der Kampagne zur Revision des Versailler Friedensvertrages, zu der die Konferenz von Genau den Weg bereiten soll. Im „Echo National“ antwortet Tardieu darauf mit der Veröffentlichung der Antwort, die Clemenceau am 29. März 1919 auf das Memorandum Lloyd Georges gegeben hat. Diese Note ist, wie bemerkt die „Presse“, interessant, nicht nur weil aus ihr hervorgeht, wie scharf damals schon die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Politik waren, und weil sie ein geradezu klassisches Beweisstück für den von französischer Seite heute abgelegenen Vernichtungswillen ist, den der französischen Regierung beim Diktat des Versailler Vertrages die Feder geführt hat, sondern vor allem deshalb, weil sie zeigt, wie in jedem Falle, wenn die Alliierten unter sich uneinig waren, die Verständigung schließlich auf Kosten Deutschlands herbeigeführt wurde.

Clemenceau wirft Lloyd George vor, daß er anfangs, vermehrt zu predigen, nachdem England seine eigenen Forderungen reslos durchgesetzt habe; die Abtretung der deutschen Kolonien, die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe, die Übergabe des weitans größten Teiles der Handelsflotte, den Ausschluß Deutschlands von der Weltwirtschaft und den Auslandsmärkten. Wo Englands Interessen reslos Befriedigung gefunden hätten, könne Frankreich sich nicht mit Teilergebnissen zufrieden geben. „Das wäre eine Ungerechtigkeit, die bedauerliche Auswirkungen auf das Nachkriegsverhältnis der Alliierten unter sich haben könne, das weit bedeutungsvoller ist als das Verhältnis zwischen Deutschland und ihnen.“ Clemenceau entwickelt sodann die französischen Forderungen für die territoriale Neugestaltung Europas und vor allem für die Stärkung der neuen Staatsgebilde in Mitteleuropa (Polen und Tschechoslowakei) auf Kosten Deutschlands. „Wenn man Deutschland völlig und endgültig seine Kolonien wegnimmt, weil es dort die Eingeborenen schlecht behandelt hat, mit welchem Rechte verweigert man dann Polen und der Tschechoslowakei normale Grenzen durch die Zuteilung von Gebieten, auf denen die Quartiermacher allerdeutschen Unterdrückung sich festgesetzt haben?“

Tardieu kann mit Genugtuung darauf hinweisen, daß es Clemenceau gegen Lloyd George gelungen sei, alle Forderungen Frankreichs durchzusetzen. Da England und Frankreich sich nicht zu einigen vermochten, wer von beiden im Interesse eines „gerechten und dauernden Friedens“ auf übertriebenen Forderungen zu verzichten habe, haben sie sich schließlich gegenseitig Kompensationen gemacht, indem sowohl die englischen als auch die französischen Forderungen unvermindert in das Friedensdiktat hineingeschrieben wurden. — Ein Satz in der Note Clemenceaus verdient festgehalten zu werden. Anspielend auf eine Bemerkung des Lloyd Georgeschen Memorandums, der zu schließende Friede müsse von der Art sein, daß er Deutschland als ein gerechter erscheine, meint Clemenceau, bei der deutschen Denkart sei es allerdings keineswegs sicher, daß man in Deutschland von Gerechtigkeit die gleichen Vorstellungen habe wie bei den Alliierten. Hier hat Clemenceau einmal wenigstens richtig vorausgesehen.

In den Kommentaren, die die Pariser Presse der Veröffentlichung des Lloyd Georgeschen Memorandums widmet, zeigt sich deutlich, daß man in Lloyd George in Anbetracht der innerpolitischen Krise in England hier bereits einen toten Mann sieht. Selbst der in seiner Sprache gegenüber England stets sehr gemäßigte „Times“ spricht von einem Wandern des englischen Premierministers, dazu bestimmt, seine Rolle auf der Konferenz von Genau vorzubereiten. Er wolle bei den Deutschen vergessen machen, daß er mit zu seinen Besiegten gehört habe, und sich gleichfalls auf dem Gebiete der äußeren Politik eine Plattform für die Waffen in England schaffen.

#### Poincarés Schuld am Weltkrieg.

Die neutrale unparteiische Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Führung und des Endes des Krieges hatte am 30. Januar aus Christiania ein Telegramm an Poincaré ge-

Mit einer Beilage: 26. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

...schiet, in dem der Ministerpräsident aufgefordert wurde, die von Herrn v. Siebert, dem früheren Sekretär der russischen Postkammer in London, veröffentlichten Dokumente über Poincaré's Schuld am Kriege als gefälscht zu bezeichnen. Poincaré hat dieses Telegramm bis heute nicht beantwortet. Dagegen hat Herr von Siebert sich bereit erklärt, vor einer neutralen Untersuchungskommission zu erscheinen und die Authentizität seiner Dokumente zu beweisen. Die oben erwähnte neutrale unparteiische Kommission besteht aus hohen Geistlichen, Diplomaten, Gelehrten usw. aus den neutralen Reichen. Der Vorsitzende ist der Universitätsbibliothekar Dr. Droschum, Christiania.

### Eine demokratische Kundgebung in Berlin.

In Berlin fand am Sonntag eine große demokratische Kundgebung statt, bei der Staatsminister a. D. Fischer, Oberbürgermeister Köhler und Landtagsabg. Dr. Berndt zur politischen Lage, namentlich im Hinblick auf die neue Entente, die scharfe Zurückweisung erfuhr, sprachen. Fischer und Berndt verurteilten in ihren Ausführungen u. a. auch die monarchistischen Bestrebungen als unverantwortlich und verbrecherisch. Die Versammlung faßte folgende Entschlüsse: Die deutschen Demokraten Berlins erheben energischen Protest gegen den neuesten Versuch der Gegner Deutschlands, das wehrlose deutsche Volk durch unerfüllbare Forderungen zur Verarmung und Sklaverei zu zwingen. Sie erwarten von ihrer parlamentarischen Vertretung und von der Reichsregierung die unbedingte Ablehnung der weder in dem Versailles-Vertrage noch in dem Verhalten der gegenwärtigen Regierung begründeten brutalen Bedingungen der neuesten Note der ehemaligen Feinde.

Die deutschen Demokraten Berlins rufen die Anhänger des Gedankens der nationalen deutschen Demokratie auf zu festem Zusammenschluß und einmütigem Zusammenwirken in dieser Zeit tiefster vaterländischer Not, um unser unglückliches Volk auf dem Wege der Versöhnung arbeits- und widerstandsfähig, dabei hoffnungsfroh für eine Aufwärtsentwicklung in bessere Tage zu erhalten.

### Achtstundentag u. Produktionssteigerung.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hörte am 23. und 24. den Reichstagsabgeordneten Wolheim, Redakteur Kaliski, Geheimrat Wäcker, sowie die Mitglieder des Reichswirtschaftsrates Leipziger, Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Ing. Wolf, Baurat, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Universitätsprofessor Dr. Hertner, Reichsminister a. D. Wissell, Baumeister Raaf, Raepion, Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, als Sachverständige zum Arbeitszeitgesetz.

1. Glauben Sie, daß angesichts der besonderen durch den Krieg und seine Folgen geschaffenen Lage das deutsche Volk mit einem achtstündigen Maximalarbeitszeit auskommen vermag? Auf welche wirtschaftlichen Tatsachen stützt sich sowohl in bezug auf die in vorerwähntem Falle Ihre Meinung?

2. Welches Einzelmaterial können Sie für Ihre Ansicht aus Ihrem speziellen Beruf (Gewerbe) anführen?

Die Vertreter der freien Gewerkschaften sprachen sich als Sachverständige im allgemeinen dahin aus, daß sie die Befreiung des Achtstundentages entschieden ablehnen müßten. Die Stimmung in Arbeiterkreisen sei durchaus gegen diese Maßnahme. Es sei eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erwägen, welche vermöge, geprüft werden, ob darin das einzige Mittel für die Steigerung der Produktion liege. Das sei zu verneinen. Verbesserungen der Methoden, planmäßige Durchorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele der Befreiung aller Hemmnissen im Produktionsprozeß würden der Produktionssteigerung ungleich stärker dienen. Von einer schematischen Durchführung des Achtstundentages sei bisher keine Rede gewesen, werde es auch in Zukunft nicht sein. Die Abweichungen könnten der tariflichen Regelung überlassen werden. Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften erklärte, daß man kaum mit dem Achtstundentag auskommen dürfe. Es sei man für die Verlängerung der Arbeitszeit einträte, solle man aber erst den Achtstundentag in der ganzen Wirtschaft vollkommen durchführen. Die zusätzliche Arbeitskraft brauche aber nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit gewonnen zu werden.

Aus den Darlegungen der übrigen Sachverständigen sei folgendes hervorgehoben: Der Achtstundentag ist bereits früher in einzelnen Gewerben mit recht günstigem Erfolg durchgeführt worden, wobei allerdings im Stillstand gearbeitet wurde. Eine Erhöhung der Arbeitszeit habe dort zu einem Rückgang der Arbeitsleistung geführt. Eine plötzliche Senkung der

Arbeitszeit konnte allerdings nur bei gründlicher Verbesserung der Methoden in Frage. Die mit der Verkürzung der Arbeitszeit zusammenhängenden Probleme waren außerordentlich schwierig; sie müßten durch eine großzügige Enquete gelöst werden. Sachverständiger Kaliski bestritt die Frage, ob der Achtstundentag genügen könne; er empfahl die Suspension der Arbeitszeit auf fünf Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit. Der sozialpolitische Ausschuß wird in einer weiteren Sitzung noch die Professoren Lindemann, Dr. Hilferding und Reichsarbeitsminister a. D. Schilde als Sachverständige zu der Frage vernehmen.

### Die Not der deutschen Presse.

Die im „Verein der deutschen Korrespondenzverleger“ zusammengeflochtenen Nachrichtenagenturen und Korrespondenzbureaus wenden sich mit folgendem Appell an die Öffentlichkeit:

„Die deutsche Presse, auf deren politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit das deutsche Volk immer so stolz sein konnte, ist in schwerster wirtschaftlicher Not geraten, in Not, die nicht nur die Zeitungen, sondern alle im Dienst der öffentlichen Meinung und damit im Dienst des Volksganges stehenden Unternehmungen trifft, mit besonderer Schwere aber die deutschen Nachrichtenagenturen und Korrespondenzen, die vor dem Kriege eine weit ausgebreitete und vielseitig durchgebildete Hilfsorganisation für die deutschen Zeitungen geschaffen haben. Die Erfüllung dieser im höchsten Sinne vaterländischen Aufgabe ist durch die ungeheuerlichen Lasten in Frage gestellt, die das Zeitungsgewerbe und alle seine redaktionellen Materialquellen bedrücken. Lasten, die zum großen Teil auf das billige Werkverbot der politischen und moralischen Aufgaben der Presse zurückzuführen sind. Nur wenn der Presse die Möglichkeit gegeben wird, ihre Arbeit wirtschaftlich zu gestalten, kann sie diese Aufgaben erfüllen, die nach der Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen ist, ein unbedingtes Erfordernis und die Voraussetzung jeder aufbauenden Arbeit ist.“

Gemeinsame Not laßt auf allen der öffentlichen Meinung dienenden Unternehmungen ohne Unterschied der Partei. In die Regierungen, an die Volksvertretungen und an die ganze deutsche Öffentlichkeit richten wir deshalb die dringende Mahnung, alles zu tun, um der deutschen Presse die Möglichkeit der freien Weiterarbeit zu sichern. Es gilt den Willen frei zu machen von Vorstellungen, die in einer Zeitung nur ein gewöhnliches Unternehmenselement sind. Die Funktionen der Presse sind wohl in die Form eines solchen Unternehmens gekleidet und darum an die Notwendigkeit gewinnbringender Arbeit gebunden. Ihre Aufgaben reichen aber über jedes privatwirtschaftliche und jedes Parteinteresse hinaus. Nur ein Volk, das eine freie öffentliche Meinung hat, kann auch hoffen, wieder frei zu werden.“

### „Wer trägt den deutschen Staat?“

Die „Neue Züricher Zeitung“ wirft in einem Leitartikel die Frage auf, wer es war, der bisher den neuen deutschen Staat getragen und ihn durch die allerhöchsten Jahre hindurch gerettet habe. Und sie kommt dabei zu folgender Antwort:

„Es waren nicht die Reichen, weder die neuen noch die alten Reichen, nicht Leute von Besitz und Bildung, nicht die führenden Kreise der deutschen Wirtschaft und des deutschen Geistes. Vergeblich sucht man die Universitäten und ihre Kreise in den Reichen her, die ihre Arbeit an ihrem Volk und Vaterland in keiner schamhaften Zeit getan haben. Was hätten sie für eine Kraftquelle geistigen Reichtums in dieser Not, auch gegenwärtig, durch politische Mißstände werden können! Es waren auch nicht die Kapitäne der Industrie, der deutschen Wirtschaft, die ihre ungeheure Erfahrung und ihr Können und ihre Namen in den Dienst der Republik gestellt haben. So oft das Ansehen an einen von ihnen erging, ein großes Amt im Reichsdienst zu übernehmen, hat es immer wieder abgelehnt, aus demselben Kreise, die nicht müde geworden waren, den Ruf nach „Rachmännern“ zu erheben. Aber keiner hat dieses Opfer im Dienst des Reiches gebracht, als es ihm bräute. Nur einer von den Großen der deutschen Wirtschaft hat das getan. Es war der Jude und Demokrat Nathanael. Wer das neue Reich bisher getragen hat, das war die Masse der einfachen Leute. Es wird stets ein Ruhmesdiel der deutschen Arbeiter sein, daß sie in diesen Jahren mehr Einsicht und mehr nationalen Sinn bewiesen haben als die, die ihnen den letzten oft genug abgeprochen haben. Es wird auch ein Ruhmesdiel der Bauern und der Kleinbürgerlichen Kreise bleiben, die hinter dem Zentrum stehen und die Masse seiner Anhänger bilden, daß sie mitgeholfen haben an diesem Werk und ihm Treue gehalten haben. Auch finanziell haben diese Schichten der kleinen und einfachen Leute den deutschen Staat bisher im wesentlichen getragen. Was sie an indirekten Steuern der großen Verbrauchsgüter und an Einkommensteuer, die auf den Fleiß ihnen schon vorher am Lohn und Gehalt abgezogen wird, geleistet haben, das ist das

finanzielle Rückgrat des Reichs, ohne das es nicht bestehen könnte. In den Kreisen aber, denen das technische Vergegen der deutschen Steuerbelastung bis heute zugute gekommen ist, ist für Moral und Staatsgefürnung kennzeichnend das lapidare Wort, dem man dort auf Schritt und Tritt begegnen kann: „Diesem Staat keinen Pfennig.“

Die „N. Z. Z.“ wendet sich dann aufs schärfste gegen die gemeine, verantwortungslose Art, mit der die Führer des neuen Deutschland: Ober, Wirth, Rathenau u. a. angepöbel und heruntergerissen werden. Sie schreibt dann:

„Dabei darf man ruhig sagen, daß, wenn Wilhelm II. etwas von dem Takt und der klugen Zurückhaltung und dem bescheidenen und doch würdigen Auftreten Eberts gehabt hätte, es sehr wahrscheinlich um Deutschland anders stünde. Wirth ist es zum erstenmal gelungen, in die Materie des Mißtrauens, die die Fehler der Wilhelmischen Staatsmänner in der Welt gegen Deutschland aufgerichtet haben, durch seine Erfüllungspolitik eine Bresche zu schlagen, was noch seiner bisherigen Vorgänger fertiggebracht hat. Nach innen hat er erst kürzlich wieder bei der ungeheuren Gefahr einer Riesenkatastrophe durch den Eisenbahnstreik den Erweis wirklicher Staatsmännlichkeit gebracht, die ein Auge für das Mögliche haben muß, ohne von irgendwelchen Scheulerben benagt zu werden. Und der Erfolg hat ihm recht gegeben. Er hat den Streik in wenigen Tagen beendet und damit Deutschland vor einer ganz unabsehbaren Katastrophe bewahrt. Nathanael schließlich ist der erste, der drüben im Lager der Entente wirklich gehört wird und vermöge seiner Qualitäten und seiner Persönlichkeit dort eine Position hat. Es gehört zu den traurigsten und beschämendsten Kapiteln der deutschen Geschichte dieser Jahre, daß alles das auf der anderen Seite nicht gilt, daß, was auch die führenden Männer der deutschen Republik unternehmen mögen, es von vornherein dort durch ein geschäftiges Uebelwollen, durch das Gift verführerischer Bekämpfung sofort großen Kreisen des Volkes schlecht gemacht worden ist. Wer das mit in Rechnung stellt und die fortgesetzten Hemmnisse, die von daher ausgingen, vermag erst die Leistung gerecht zu werden, die trotz alledem die Republik nach dem verlorenen Kriege, nach dem Zusammenbruch, nach der moralischen und physischen Verwahrlosung, die daraus gefolgt ist, erzielt hat in diesen drei Jahren.“

### Die Notlage der Rentenempfänger.

Alle Parteien des Reichstages, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, haben im Reichstag einen Initiativantrag eingebracht, der eine Änderung des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden und der Angestelltenversicherung vorsieht. Danach sollen die Bezüge aus öffentlichen Kassen von 600 auf 1200 Mark erhöht werden. Weiter soll unter besonderen Umständen die Unterstützung bis zu einem solchen Betrage erhöht werden, daß das gesamte Jahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- und Altersrente oder eines Ruhegeldes den Betrag von 4800 Mark statt bisher 3000 Mark, einer Witwenrente den Betrag von 3800 statt bisher 2100, einer Waisenrente den Betrag von 2000 statt bisher 1200 Mark erreicht. Die neuen Sätze sollen vom 1. April 1922 an gezahlt werden.

### Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die A. D. G. und der Bund Deutscher Mietervereine, die Freigewerkschaftliche Faktion des Reichswirtschaftsrates, der Reichsverband der Kleingartenbesitzer Deutschlands und der Verband sozialer Baubetriebe haben einen Aktionsauschuß für Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen gebildet. Der von den genannten Parteien und Organisationen unterzeichnete Aufruf, der diese Gründung ankündigt, verlangt ein Hypothekengesetz, ein Wohnspargesetz, eine durchgreifende Wertzuwachssteuer auf Grundstücksverkaufsgewinne, ein Gesetz für Bodenmoralitätswirtschaft, endlich und vor allem die Selbstverwaltung des Wohnungswesens, durch die allein „eine gerechte Mietzinsbildung ohne wucherische Grundrente ermöglicht werde“.

### Kurze polit. Nachrichten.

Der Dresdener nationalistische Publizist Reichelt, der am Montag auf Grund einer Denunziation unter dem Verdachte verhaftet worden war, den Denunzianten durch Vermittlung falscher Briefe zur Flucht verhelfen zu haben, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die weitere Erörterung des noch keineswegs geklärt Falles ist, lt. „Frl. Ztg.“ dem Untersuchungsrichter in Offenburg übertragen worden.

\* Die Londoner Sachverständigen-Konferenz. Laut „Daily Telegraph“ bildete auf der Sitzung der Sachverständigenkonferenz am Samstag vormittag das wichtige Memorandum Sir

### Konzert-Weekend-Rückblicke.

Brahms ist in der Vorstellung des größeren Konzertpublikums noch längst keine so fest unrisse, klare, vertraute und lieb gewordene Musikerkategorie wie etwa Beethoven, Schubert, Schumann, Chopin, die mit dem größten Teil ihrer Kammermusikwerke nahezu Gemeingut der gebildeten Musikfreunde geworden sind. Brahms ist vielen auch heute noch der nur herbe, präde, verschlossene, immer nur ernste und oft düstere Norddeutsche, zu dem sich kein warmes, herzliches, inniges Verhältnis entwickeln will. Um so freudiger dürfen wir die Tatsache begrüßen, daß die musikverständigen Kreise unserer Stadt den 20. Kobestag von Johannes Brahms nicht lang und langlos vorbeiziehen lassen, sondern sich zu einer vierstündigen Brahms-Feier (die einzelnen Veranstaltungen allerdings in größeren Abständen) aufschlangen. Auch der Konzertdirektion Kurt Neufeld gebührt Anerkennung für das Zustandekommen dieses Musikfestes.

Es ist ein Zeichen reger Brahms-Pflege in der hiesigen Musikerschaft, daß — mit Ausnahme des Klavierabends — die Konzerte mit nur einheimischen Kräften bestritten werden können, und ferner ist es ein deutlicher Beweis wachsender Brahms-Berehrung, daß die beiden ersten Veranstaltungen sich eines recht lebhaften Zuspruchs erfreuen durften.

So ist zum Teil schon wahr geworden, was Rudolph von der Vehe n über „Johannes Brahms als Mensch und Freund“ schreibt: „Wenn einmal, was Gott noch lange verhüten möge, was aber, wie die geschichtliche Vergangenheit lehrt, infolge äußerer und innerer Feinde im Laufe der Zeiten eine ausgleichende Naturnotwendigkeit ist, — wenn einmal unser deutsches Volk in Pfaffen nationaler Trauer und Heimtückung leidet, — dann werden auch die Kinder Brahmscher Muse gleich heiligen Engeln die Silbenstäbe auf die geprüften Menschen senken, lindernden Balsam in die wunden Herzen gießen und mit dazu beitragen, unsere Mission im Leben der Völker zu neuen glücklichen Zielen zu führen. Das wolle Gott!“

Wird der erste Abend, an dem so viel junger Brahms an unser Ohr klang, bewies, wieviel von dieser Raubkraft in seine Tonbildungen gebannt ist. Wieviel Schönheit ruht doch in dem melodischen Scharfklaviertrio, das trotz der späteren Umarbeitung als Grundzug den jugendlichen Schwung

sich bewahrt hat. Wie tief singt sich doch gleich im 1. Satz das vom Cello angeleitete, von Paul Trautwetter hinreichend schon geübte Hauptthema in unser Herz. Wie köstlich sind die wechselnden Klangbilder der einzelnen Sätze: bald volkstümlich schlicht, bald wild-phantastisch, bald heimlich-geheimnisvoll. Und von wem wohl vornehmer Krönung sind die Themen, die uns in eine edle Künstlerseele schauen lassen. Am köstlich ist Hl. Elisabeth Moritz, die den Klavierpart lebendig und leidenschaftlich gestaltet. Manchmal ließ sie sich allerdings von ihrem Temperament zu rühmischen und dynamischen Steigerungen hinreißen; sie vergaß dann, daß im Kammermusikspiel die Ausgeglichtheit der Instrumente das höchste Ziel ist. Besonders im 1. Satz dominierte das Klavierpartienweise zum Nachteil des Gesamtindrucks. Dr. Karl Brückner (Violine) und der schon erwähnte Paul Trautwetter (Cello) lösten ihre Aufgaben mit reifer Künstlerkraft.

Mit welcher feinem musikalischen Geschmack ist es Brahms in seinem Södur Trio gelüßt, durch die Führung der Saiten den Klang des Waldhorns mit dem des Flügels und der Violine zu verschmelzen, so daß man nach kurzem Befremden der einleitenden Takte sich rasch mit dem Ohr auf diese Tonmischung einstellt. Gustav Gieseler bläst das Horn mit vollendeter Meisterschaft. Die Wiedergabe der schönen, von romantischem Geist erfüllten Konditana, in die der damals der Baden-Baden weilende Brahms das Mäuschen der Schwarzwaldbannen hineinverwoben hat, verdient hohes Lob. Sie beruht feines Studium, durch das die Feinheiten der Stimmungen bloßgelegt wurden.

Ganz besonders war jedoch die Aufführung der Liebeslieder, op. 52, geeignet, das Märchen vom spröden Weibchen zu widerlegen. In diesen Walzern für Klavier zu vier Händen und Violin-Quartett hat der Wiener Aufenthalt einen künstlerischen Niederschlag in Brahms gefunden. Die Namen Hanna Rodaga (Sopran) und Frieda Goldschmidt (Alt) und die Herren Wilhelm Rentwig (Tenor) und Alfred Laß (Bass) stellten ein stimmvolles Quartett, das mit einsprechender Gedämpftheit der Tongebung die heiteren Weisen vortrug. Nur der Sopran übernahm sich manchmal und trug durch seine scharfe Höhe einen Mißklang hinein. Professor Heinrich Kaspar Schmidt und Karl Kottmeier führten den Klavierpart in harter, bestimmter Kräftigung durch.

Der zweite Abend wurde durch den poetischen Vortrag der Dbur Ballade (Hl. Moritz) eingeleitet. Eine stimmungsvolle Vorbereitung auf den Vortrag von Ludwig Tiech's „Wunderbare Liebesgeschichte der schönen Magelone und des Grafen Feler aus der Provence. Frau Melanie Ermarth versuchte, den romantischen Zauber dieser zarten Dichtung mit allen Mitteln der Deklamation zu erwecken, was ihr auch bis zu einem gewissen Grade gelang. Nur hatte man den Fehler begangen, die Dichtung unerkürzt zu lassen, so daß sich die Rezitation über Gebühr hinzog und das Publikum, das in den angestellten Stuhlreihen überdes Feineswegs beunruhigt war, allmählich von einer qualenden Ungebulb erfasst wurde. Herr van Gorkom sang die eingetragenen von Brahms komponierten Romangen, in die ein Reichthum melodischer Schönheit und innigen Gefühls gebannt ist. Mit weicher, klangvoller Stimme wußte er in forgefälliger Phrasierung alle Feinheiten dieser Liebeslieder bald mit zartem Piano nachzuzeichnen, bald die leidenschaftlichen Empfindungen in fortwährendem Schwung auszusprechen. Die Begleitung am Flügel durch Hl. Eise W. d. war gewandt aber farblos.

In seinem IV. Konzert hatte sich der Instrumentalverein mit Beethoven's VIII. Sinfonie eine Aufgabe gestellt, die über die Leistungsfähigkeit seiner Kräfte weit hinausging. Ich glaube nicht, daß damit der Kunst gedient wird. Es ist zwar ein erfreulicher Zug, wenn sich die Kräfte eines Vereinswechters an größeren Schwierigkeiten messen wollen, aber der musikalische Leiter muß andererseits auch das richtige Gefühl für die Grenzen haben, die aus Achtung vor dem Kunstwerk nicht überschritten werden dürfen. Etwas anderes ist es, wenn man Mehls Duberture zu Josef und seine Brüder“ auf das Programm setzt, die einleitend in einer durchaus annehmbaren Form gespielt wurde. Auch Herr Gerhard Bungegeiger, der das Konzert für Violin-cello mit Orchester in Demoll von Georg Soltiemann vortrug, hat sein technisches Können um Vieles überschätzt. Mit schönen Liedvorträgen erfreute dagegen Herr Otto Wehbecher die zahlreich erschienenen Zuhörer. Besonders „Wald-einsamkeit“, von dem Karlsruher Hofkonzertmeister Ludwig Keller sehr sangbar vertont, trug ihm lebhaften Applaus ein. Duas Keller.

Wahllokals über die allmähliche Wiederherstellung des Wahlrechts die Hauptgrundlage der Erörterungen. In der Samstag Nachmittagssitzung unterbreitete ein Unterausschuss von Juristen den Entwurf eines Beschlusses über die Frage der russischen Schulden. Das hervorhebende Merkmal dieses Beschlusses sei der Vorschlag, daß eine Kommission für die russischen Schulden geschaffen werden soll. Sonntag morgen erhielten laut „Daily Chronicle“ der allgemeine Bericht und die Vorschläge des Ausschusses, insbesondere über Rußland, ihre endgültige Gestalt.

## Badische Uebersicht. Badischer Landtag.

### Neue Eingänge.

Die Abg. Mattes und Gen. haben folgenden Antrag eingebracht: Die Zusammenziehung der Steuerzuschüsse betr. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, 1. bei der Reichsregierung auf eine Änderung der Vorschriften der Reichsabgabenordnung über die Bildung der Steuerzuschüsse (von den besonderen Ausschüssen abgesehen) nach Vorbild der früheren badischen Schenkungsräte hinzuwirken, 2. bei dem Landesfinanzamt die Bildung eines besonderen, aus mit der Landwirtschaft vertrauten Leuten bestehenden Ausschusses für jeden Steuerbezirk zur Erleichterung der Einsprüche von Landwirten gegen die Steuerbescheide zu erwirken.

Die Abg. Noedel und Gen. beantragen: Die Änderung des § 53 der Verordnung vom 12. Dezember 1913, die Schulordnung für die Volksschulen betr. Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, den ersten Satz des § 53 der Schulordnung für die Volksschulen vom 12. Dezember 1913 dahin abzuändern, daß er lautet: „In allen Volksschulen sind die Tage vom 24. Dezember bis zum 2. Januar und vom Gründonnerstag bis zum zweiten Montag nach Ostern sowie die gemeinschaftlichen Feiertage (Christi Himmelfahrt und Pfingstmontag) schulfrei.“

Die Abg. Danemann und Gen. brachte folgende förmliche Anfrage ein: Maßnahmen gegen eine Überflutung badischer Landesteile durch valutarstarke Ausländer betr. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um 1. eine Überflutung badischer Landesteile durch valutarstarke Ausländer zu verhindern, 2. die Angehörigen valutarstarker Staaten mindestens mit solchen Sonderbeiträgen (Fremdensteuer, Muziken, Fiskalabgaben usw. in Gold oder fremder Währung) zur Deckung des für ihre Ernährung entstehenden Aufwandes heranzuziehen, daß die Allgemeinheit nicht auch noch diese Kosten für Ausländer aufbringen muß, vielmehr die Ausländer ihre Ernährung auch tatsächlich bezahlen oder durch Gutscheine begütigen, die zum Bezug von Lebensmitteln aus ihrer Heimat berechtigen, 3. angeht die Schwereizigkeit einer Trennung von uns befindlichen Ausländern nach Geschäfts- und Vermögensverhältnissen und mit Rücksicht auf Art. 276 a. c. d. des Friedensvertrags eine Einsprache der alliierten und assoziierten Mächte zu vermeiden?

Die Hungerhilfe für Rußland betr. beantragen die Abg. Rod und Gen.: Der Landtag wolle beschließen, in den Vorschlag für gemeinnützige Einrichtungen 100 000 M. für die Hungerhilfe für Rußland einzusetzen.

Ferner liegen folgende Anträge des Haushaltsausschusses vor:

Antrag zu dem mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses über die Anträge der Abg. Fischer-Weissenheim und Gen. sowie der Abg. Engelhardt und Gen., die Aufhebung des Verbots des Brennens von Topinambur betr. (Druck. Nr. 9 und 9a). Berichterstatter Abg. Weishaupt. Der Landtag wolle beschließen, 1. die Regierung zu ersuchen, a) das Verbot der Neuanpflanzung von Topinambur über den seitherigen Umfang hinaus aufrecht zu erhalten und streng durchzuführen, b) bei der Reichsregierung auf umgehende Aufhebung des Verbots des Brennens von selbstgezeugtem Topinambur hinzuwirken, 2. die Anträge der Abg. Fischer-Weissenheim und Gen. sowie der Abg. Engelhardt und Gen. (Druck. Nr. 9 und 9a) durch die Beschlußfassung zu Ziffer 1 für erledigt zu erklären.

Antrag zu dem mündlichen Bericht des Haushaltsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, Nachtrag zu dem Gesetze vom 4. August 1921 über die Regelung des Staatshaushaltes für die Jahre 1920 und 1921“ (Druck. Nr. 52b). Berichterstatter Abg. Marum. Der Landtag wolle 1. dem Gesetzentwurf mit nachstehenden Änderungen seine Zustimmung erteilen: a) in der Anlage zu Artikel 1 ist unter Einnahme G. Arbeitsministerium im außerordentlichen Etat der Betrag von 121 000 M. zu streichen. Dadurch erhöht sich die Summe der Winkler- und Mehreinnahme im a. o. Etat von 7 155 010 M. auf 7 277 000 M., der Ausgabeüberschuß im a. o. Etat vermindert sich von 23 820 940 M. auf 23 698 850 M. und die Mehreinnahme im ganzen vermindert sich von 25 433 704 M. auf 25 212 614 M.; b) in Artikel 2 des Gesetzentwurfes erhöht sich der Fehlbetrag statt um 25 433 704 M. nur um 23 212 614 M.; weiter ändern sich die Beträge wie folgt: Fehlbetrag Seite 1 und 2 statt 415 808 982 M. 415 687 292 M., Gesamtsomme statt 462 408 982 M. 462 287 292 M., der verbleibende Fehlbetrag statt 414 408 982 M. 414 287 292 M. Mehr statt 811,7 Millionen 811,6 Millionen M. 2. von der Frist des § 49 der Verfassung absehen.

### Zahlung der Beamtenbesoldungen.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Da es nicht möglich ist, die mit der bevorstehenden Neuregelung der Beamtenbesoldung verbundene Erhöhung der Besoldung schon auf den 1. April zu zahlen, hat das Finanzministerium die Raffen ermächtigt, die auf 1. April fälligen Bezüge nach dem zurzeit geltenden Sätzen schon jetzt zu zahlen, soweit dies ihnen nach der Geschäftslage möglich ist.

### Ein Erholungsheim für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

PA. Der Badische Heimatsbund hat das im idyllischen Tal der Steinach gelegene Kurhaus Steinach (von der Bahnhofsstation Bonndorf im Schwarzwald in ¼ Stunden zu Fuß bequem erreichbar) erworben und wird dieses als Erholungsheim für erholungsbedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene betreiben. Die Eröffnung des Erholungsheims erfolgt am 20. April d. J. Aufnahme finden versorgungsberechtigte Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene aller Berufsstände, jedoch nicht eigentliche Kranke und fremder Pflege und Wartung bedürftig.

Der Tagesverpflegungsbetrag beträgt bis auf weiteres 30 M. für erholungsbedürftige mittellose Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene können die Kosten des Erholungsheimaufenthalts und die Reisekosten ganz oder teilweise aus Mitteln der sozialen Fürsorge bestritten werden. Der Erholungsheimaufenthalt, zu dem die amtlichen Fürsorgestellen Anmeldungen entgegenzunehmen, soll in der Regel 4 Wochen dauern.

### Laufende Teuererungszuschüsse für Militärrentenempfänger.

P.A. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 1. Dezember 1921 hat die Reichsregierung aus Anlaß der fortschreitenden Teuerung für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 eine Milliarde Mark zu Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Altrentner zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln werden 800 Millionen Mark in gleichbleibenden Monatsbeträgen als Teuerungszuschüsse an Schwerbeschädigte und Hinterbliebene verteilt, die kein oder nur geringes Einkommen neben der Rente haben, das die jeweiligen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung höchstens um ein Drittel übersteigt. 200 Millionen Mark sind für Maßnahmen der sozialen Fürsorge vorgesehen und kommen, namentlich anlässlich der Winterberufung, unter Berücksichtigung des Bedürfnisses im Einzelfalle allen Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Altrentnern, also auch denen zugute, die keine Teuerungszuschüsse erhalten.

Mit der Durchführung des Erlasses sind die für die rückliegende Zeit seit 1. Oktober 1921 in einer Summe, in Zukunft laufend monatlich im voraus gezahlt werden, betragen für jeden Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit bis einschließlich 80 v. H. 90 M., bei höherer Erwerbsminderung 130 M. monatlich; außerdem wird für jedes Kind ein weiterer Zuschuß von 30 M. monatlich gewährt. Jede erwerbsunfähige Witwe und jede Witwe, die wegen der Pflege und Erziehung von Kindern oder infolge Vollendung des 50. Lebensjahres einer erwerbsunfähigen Witwe gleichgestellt ist, erhält 80 M., jede verwitwete Witwe 40 M., jede elternlose Witwe und jeder Elternteil 50 M. monatlich. Nicht berücksichtigt werden Empfänger reiner Dienstbezüge (Kapitulanten); ebenfalls nicht Offiziere, Beamte und deren Hinterbliebene, die bereits auf Grund des Pensionsergänzungsgesetzes erhöhte Teuerungszuschüsse zu beziehen haben. Dagegen sind Teuerungszuschüsse für Empfänger eines Übergangsgeldes und einer Witwenbeihilfe sowie zu den Gnabengebühren und den Gebühren für das Sterbevierteljahr vorgesehen. Auch zu den widerrechtlichen Anwendungen werden unter bestimmten Voraussetzungen Teuerungszuschüsse gezahlt. Personen, die bei Befassung des Erlasses vom 1. Dezember 1921 Teuerungszuschüsse bereits bezogen haben, bei denen die Voraussetzungen für deren Gewährung aber jetzt nicht mehr gegeben sind, verlieren diese Bezüge erst mit Ablauf des Monats Dezember 1921.

### Die Normung im Baugewerbe.

P.F. Die wirtschaftliche Auswertung der Normung im Baugewerbe ist in verschiedenen Gegenden Deutschlands mit großem Erfolg durchgeführt worden. Als besonders wichtig hat sich das Arbeiten genormter Bauteile auf Vorrat erwiesen. Alle Seilungsunternehmen, die sich mit der Auswertung der Normung in diesem Sinne befaßt haben, haben hervor, daß die Verwendung genormter Bauteile — es handelt sich vorerst meist um Fenster und Türen — die Baukosten erheblich vermindert, gute einwandfreie Sandwörterwerke verbürgt und die unermesslichen Hemmnisse im Baubetrieb wesentlich herabsetzt. Große wirtschaftliche Vorteile hat namentlich auch das Handwerk durch solche Vorratsarbeiten gewonnen, zumal wenn ihm das Mittel der Vorkaufbeschaffung durch den Besteller abgenommen wird. Die verschiedenen Glas- und Schreinerbetriebe liefern je nach Größe und Leistungsfähigkeit laufend den Seilungsunternehmen die vereinbarten Normen, wobei unter Berücksichtigung sonst noch vorliegender Anträge die Normenarbeiten mehr oder weniger zur Regelung des Arbeitsbetriebes als Ausgleich verwendet werden. Selbst ganz kleine Betriebe, die von einem all noch alten Meister allein geführt wurden, hatten lohnende Arbeit während des ganzen Winters, indem sie z. B. Fensterbretter oder ähnliche leicht herstellbare Bauteile fertigten.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Heidelberg, 26. März. Die hiesige Messerinnung hat einen Beschlag der Messerpreise um 4 M. beschlossen. Man will sich bei der Preisfestsetzung jeweils nach den Verhältnissen am Mannheimer Viehmarkt richten.

DZ. Obermansbach, 24. März. In letzter Zeit kam ein Mann von Furtwangen und bot für ein Ei 4 M. Man gab natürlich gern. Zu spät erkannte seine Lieferanten, daß es sich um einen Schieber handelte, der die Eier um 5 M. wieder weiterverkauft. Das Verbot, diesem Schieber das Handwerk gelegt zu haben, gebührt der Furtwanger Gendarmerie.

DZ. Lössen, 25. März. Nachdem vor kurzem in Schopfheim eine Baugesellschaft durch Gemeinde- und Industrielle gegründet wurde, welche die Wohnungsnot durch Neubauten bekämpfen will, ist nun auch in Lössen eine Wohnungsbau-Gesellschaft unter starker Beteiligung aller Interessenten ins Leben gerufen worden, die im Einberufen mit der in Schopfheim gegründeten Baugesellschaft zu arbeiten gedenkt.

DZ. Konstanz, 26. März. Zu der in letzter Zeit wieder lebhaft diskutierten Frage einer Umgestaltung der Handelskammerorganisation durch Schaffung paritätischer aus Arbeitnehmern und Arbeitgeberern zusammengesetzter Handelskammern hat die Handelskammer Konstanz eine Entschiedenheit gezeigt, in der sie unter Hinweis auf die von badischen und deutschen Industrie- und Handelsgewerbe bekundete Stellungnahme betont, daß die Schaffung paritätischer Handelskammern gegen Art. 166 der Reichsverfassung verstoße. Paritätisch zusammengesetzte Kammern seien auch nach ihrer besten Überzeugung unfähig, praktische Arbeit zu leisten. Dagegen könne in paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen der selbstständigen Handelskammern und Arbeitgebervertreter ein geeignetes Mittel zur Erfüllung der beiden Berufsgruppen gemeinsamen Aufgaben erblickt werden.

DZ. Von Baden, 26. März. Auch diesmal dürfte der Fremdenverkehr am Bodensee und auf dem Schwarzwald ein starker werden. Und dies trotz der unansehnlichen Erhöhungen der Konsumpreise usw. Allerdings wird die Zusammenlegung dieses Fremdenpublikums wieder eine ganz andere sein. Beamte und Festbesolter werden sich den Genuß einer mehrwöchigen Sommerfrische in diesem Jahr wohl kaum leisten können, würde doch ein Aufenthalt von vier Wochen sicherlich 2000 Mark pro Person kosten, natürlich unter der Voraussetzung bedauerlicher Ansprüche. In der Hauptsache werden es wieder die Ausländer sein, von denen sich bereits große Scharen angemeldet haben. In manchen Bodenseeregionen, Meeresbädern, Überlingen usw. sind bereits jetzt die Hotels und Pensionen für einen Teil des Sommers voll besetzt. Für die Schwarzwald-Erholungsstätten liegen bereits zahlreiche Anmeldungen vor.

### Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Zurückgekehrter Kriegsgefangener. Gestern nachmittags 3 Uhr kam mit dem Mannheimer Schnellzug ein Karlsruher Kriegsgefangener, Ludwig Staehle, nach siebenjähriger Kriegsgefangenschaft hier an. Er hatte feinerzeit den Befehl, Gefallenen, die er auf Patrouille traf, die Ausweispapiere

abzunehmen, um später die Truppenliste feststellen zu können. Die Franzosen nahmen ihn gefangen und verurteilten ihn wegen „Diebstahls“ zu 10 Jahren Zuchthaus. Auf dem Bahnhof fand ein Begräbnis statt, indem u. a. Oberbürgermeister Dr. Winter den Heimkehrer in herzlichen Worten in der Heimat willkommen hieß. Wie der Zurückgekehrte aussagte, soll in etwa 14 Tagen der ganze Restbestand der noch in Abzug in Gefangenschaft weilenden Deutschen nach der Heimat zurückerledigt werden.

Der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereinigungen (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Bund angelegelter Chemiker und Ingenieure) hielt im Anschluß an die geschiedenen Gehaltsverhandlungen eine Versammlung seiner Betriebsvertrauensleute ab, in der folgende einstimmige Entschlüsse gefaßt wurden:

Die im Saal III Schrempy versammelten Betriebsvertrauensleute der Angestellten der Industrie Karlsruhe im Gesamtverband deutscher Angestelltenvereinigungen erheben einstimmig Einspruch gegen die Ablehnung ihrer Forderungen durch die Arbeitgeberverbände der Industrie.

Sie erkennen in dem Verhalten der Arbeitgeber eine gänzliche Verständnislosigkeit für die schwere Lage der Angestellten in der stets anwachsenden Teuerung und einen Mangel jeglichen sozialen Empfindens. Die Angestellten sind nicht gewillt, noch länger zuzusehen, wie auf Kosten ihrer bescheidenen Lebenshaltung die Industrie große Gewinne erzielt, während sie immer mehr und mehr in die Verelendung hineingeraten.

Für die gesamten Angestellten des Gebiets fordert die Versammlung die Anerkennung ihrer berechtigten Wünsche und erachtet ihre Verhandlungsführer im Benehmen mit den anderen Gewerkschaften alle ihnen notwendig und zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen.

DZ. Tabak-Schlehdändler vor Gericht. Wegen Tabakschlehdandels usw. standen kürzlich 12 Angeklagte vor der hiesigen Strafkammer. Es sind dies der Kaufmann Otto Bräudle aus Kirchheim u. T., der Gastwirt Wilhelm Weber aus Sagsfeld, der Landwirt und Wechenermeister Wilhelm Heide aus Staffort, der Landwirt Ernst Nagel aus Hantenloch, der Schreinermeister Eugen Hagmann aus Hantenloch, der Schlosser Heinrich Zimmermann aus Kirchheim bei Heidelberg, der Antischlehdändler Ludwig Genter aus Kirchheim, der Landwirt Max Kaiser aus Kirchheim, der Maurer Franz Willmar aus Philippsburg, der Arbeiter Wilhelm Hellhauer aus Mainz, und schließlich die beiden früheren Führer Theodor Göttinger aus Stein und Ludwig Burgert aus Karlsruhe. Weber hatte 100 Zentner Tabak von Heide gekauft unter Verwendung von gefälschten Scheinen, die er von Bräudle gekauft hatte. Der Tabak wanderte dann weiter in den Besitz von Hagmann und Zimmermann. — In Urstadt, wo der Tabak in Autos verladen wurde, hatten dann noch verschiedene andere der Angeklagten ihre Hand im Spiel. Als „Beschreiber“ der Tabaktransporte, wovon einer nach Sandhausen ging, fungierten die beiden Führer Göttinger und Burgert, nachdem sie von dem Hellhauer zu diesem Amt für je 1000 M. bestochen worden waren.

Die Verhandlung, zu der 10 Zeugen und 2 Sachverständige geladen waren und in welcher die einzelnen Angeklagten sich mehr oder weniger zu belassen suchten, nahm den ganzen Tag in Anspruch und erst gegen 10 Uhr abends wurde das Urteil verkündet. Bräudle wurde wegen erdverweigerter Urkundenfälschung unter Einrechnung früherer Strafen zu einer Gesamtgefängnisstrafe von 4 Jahren abzüglich 4 Monaten Untersuchungshaft und zu einer Geldstrafe von 3000 M. Weber wegen schwerer Urkundenfälschung und wegen Vergehens gegen die Verordnung betr. Freistreiterei zu 2 Monaten Gefängnis und 16 000 M., wovon die Gefängnisstrafe und 5000 M. Geldstrafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt bzw. bezahlt gelten, Heide wegen Vergehens gegen die genannte Verordnung zu 10 000 M., Nagel zu 3000 M., Hagmann zu 10 000 M. abzüglich 3000 M. für die erlittene Untersuchungshaft, Zimmermann zu 10 000 M. abzüglich 3000 M., Genter zu 4000 M., welche durch die erlittene Untersuchungshaft ausgeglichen sind, Hellhauer wegen Vergehens gegen die betreffende Verordnung und wegen Verletzung zu 10 000 M. abzüglich 2000 M., Göttinger wegen Vergehens gegen die Gefängnisstrafe von je 3 Wochen abzüglich 3 Wochen bzw. 1 Woche Untersuchungshaft, Kaiser und Willmar wurden von der Anklage freigesprochen. Bei Heide werden 71 000 M., bei Weber 75 000 M., bei Nagel 20 000 M., bei den beiden ehemaligen Führern die Vernehmungsgelder von je 1000 M. eingezogen.

### Badische Gemeindeschau.

DZ. Mannheim, 26. März. Die Theaterkrise ist durch den Beschluß des Stadtrates, dem Intendanten Dr. Kracker trotz des Mißtrauensvotums der ganzen Bühnenorkelände und des Betriebsrates des Theaters, noch ein Jahr Zeit zu lassen, um seinen Befähigungsnachweis für den Posten zu erbringen, keineswegs behoben. Der Betriebsrat hat dem Stadtrat ein Schreiben zugehen lassen, worin er sich auf den Standpunkt stellt, daß dieser Beschluß des Stadtrates nur in ungenügender Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse hat erfolgen können.

DZ. Mannheim, 26. März. Unter dem Voritze des Bürgermeisters Dr. Walli fand auf dem Rathaus eine Aussprache über die Wohnungsfrage statt. Einschließlich der Flüchtlinge (8800) hat unsere Stadt seit Kriegsende einen Bevölkerungsanstieg von 20 000 Personen erhalten. Der tatsächliche Wohnungsbedarf wird heute auf 5200 ganze Wohnungen geschätzt. Die Aufwendungen der Stadt, von Genossenschafts- und Privatbauten betragen nach Abzug der Ertragswerte und staatlichen Zuschüsse bisher 60 Millionen. Für 1922 hofft man 1100 bis 1300 neue Wohnungen erstellen zu können, deren Herstellungswert sich auf 200 Millionen, aber eher noch mehr, beziffern wird. Die Wohnungsabgabe wird etwa die Höhe der Friedensabgabe haben. Die Erhebung muß durch den Hausbesitzer erfolgen.

DZ. Balingen, 26. März. Für die Erstellung von Neubauten an der Verbindungsstraße zwischen Herd- und Weiberstraße wird die Ausführung der Kanalisation, Gas- und Wasserleitung sowie der Fahrbahn erforderlich. Der Kostenaufwand mit 618 000 M. soll beim Bürgerauschuß angefordert werden, desgleichen ein Betrag von 120 000 M. für die Anschaffung einer Retorten-Tabakmaschine für das Gastwirt.

DZ. Triberg, 26. März. In Kürze wird hier die Neuwahl des Bürgermeisters erfolgen müssen. Die Parteien dürften sich demnächst mit dieser Frage befassen.

DZ. Überlingen, 26. März. Für das von Bürgerauschuß bereits beschlossene neue Kraftwerk mit einem Kostenaufwand von 15 Millionen Mark will die Stadt Überlingen die beiden Weiber an der Dwingertstraße bei Umbelshofen ausnutzen. Zu diesem Zwecke soll der von Dwingen kommende Ruchbach eingeleitet, die beiden Weiber vereinigt, und durch Erhöhung des Damms eine Wasserfläche von etwa 36 Hektar geschaffen werden. Da durch dieses Projekt zahlreiche angrenzende Wiesen unter Wasser gesetzt werden würden, müßte eine Entschädigung der Besitzer erfolgen.

# Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom Obigen redaktionellen Teil abgeordneten Rubrik, den wertvollen Darlegungen und Anregungen aus allen Parteien, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Aussprache außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

## Von der Geldlehre zur Wirtschafts-gesundung.

Von Regierungsrat Dr. Sauter, Freiburg i. Br.

Es gibt nicht leicht ein Gebiet der Volkswirtschaft, auf dem man so zahlreichen und verhängnisvollen Irrtümern begegnet, wie bei den Fragen des Geldwesens.

Nirgends erscheint aber eine richtige Theorie wichtiger als gerade hier. Wohl nicht ganz mit Unrecht hat Dr. Eucken an der Berliner Universität darüber geklagt, daß es in Deutschland so wenig Nationalökonomien gäbe, die die derzeitigen Wirtschaftspragen wirtschaftlich statt politisch erklärten.

Die zukünftige Nationalökonomie, mitbeeinflusst von der mehr juristisch als volkswirtschaftlich orientierten „staatslichen Theorie des Geldes“ von Knapp (der Benedizigen, Elster und Singer gefolgt sind) scheint nicht ohne Einfluß auf manche ansehnliche wirtschaftlich und politisch verfehlten Maßnahmen gewesen zu sein. Von Knapp, der seiner Zeit an der Universität Straßburg wirkte, rührt die Lehre: „Das Geld ist ein Geschöpf der Rechtsordnung“. Sie führte leicht zu der falschen Auffassung, daß der Wert des Geldes in der Hauptsache auf einem Staatsakt beruhe. Man nahm infolgedessen keinen Anstand, die papierene Rechnungseinheit ohne weiteres mit der vorher metallisch fundierten gleichzustellen. Man übersah, daß Knapp als dessen Schüler Helfferich auch den „recurrenzen“ Anschlag des neuen an das alte Geld, die Feststellung eines entsprechenden Wertverhältnisses, gebietet haben, und daß letztere nicht nur im Augenblick der Währungsänderung, sondern ebenso auch später noch nötig werden kann. Im übrigen glaubte man, daß das „Wertverhältnis“ zum Papiergeld allein schon genüge, um auch dessen Wert aufrecht zu erhalten, und überließ die Ergebnisse, die die Geschichte des Geldwesens hinsichtlich der Bedeutung künstlicher Vermehrung (Inflation) längst geliefert hatte.

Ein weiterer großer Irrtum bestand in der Verleumdung des Kredits und des Girowesens als eines Mittels des Gelderlasses bezw. des Erlasses von Umlaufsmitteln und der dadurch bewirkten künstlichen Vermehrung der Rechnungseinheiten.

Nicht zu verwundern ist es, wenn in der öffentlichen Meinung noch eine Reihe weiterer Irrtümer, die nicht selten von gewissen Interessentkreisen genährt sein möchten, hingukamen.

So brauchte man nur Geld und Kapital zu verwechseln, um die Schädlichkeit einer stärkeren Besteuerung der Kredits-

gewinne zu beweisen. Häufig wird angenommen, daß der bessere Geschäftsgang und Preissteigerung auch eine Erhöhung des Geldwertes bedeute, während gerade umgekehrt aus niederen Preisen eine hohe Kaufkraft des Geldes zu ersehen ist. Man behauptete, der Verkehr brauche mehr Banknoten, wenn infolge von Kreditüberflüssen oder Kapitalmangel flüssiges Geld nicht in hinreichender Menge vorhanden sei. So begann man mit der Inflation schon vor dem Kriege, als man die Banknoten für gesetzliche Zahlungsmittel erklärte, und sie ungenügend deckte. Das wahre Wesen der jetzigen uneinlösblichen Noten der Reichsbank verfehlert man, wenn man sie als eine Schuld des deutschen Reiches erklärt. Man verkennt hierbei den Unterschied zwischen einlösbaren Banknoten u. uneinlösbarem Papiergeld. Eine uneinlösbare Schuld ist im übrigen ein Widerspruch in sich selbst, eine contradictio in adjecto. Man übersah gefühllos, daß durch Zuführung einer künstlichen Kaufkraft nach der einen Seite andere Kreise des Volkes durch künstliche Vorkaufkraft erforderten Ausgleich in den Schwankungen des Geldbedarfs weit hinaus. „Billiges Geld“, d. h. niedriger Zinssatz war die Lösung bis heute in Deutschland, während der schwedische Nationalökonom Wicksell schon im Anfang des Krieges auf die durch einen zu niedrigen Zinssatz verursachte Erhöhung der wirtschaftlichen Gesundung hingewiesen hat.

Man hält es ertümelnderweise unbedingt für vorteilhaft, das vorhandene Papiergeld möglichst in Umlauf zu bringen, indem man dringen davon abrä, solches zu hamstern, während es früher Gemeingut der Wissenschaft war, daß durch die Zurückhaltung von Geld der Geldwert steigen muß. Andererseits sucht man das Papiergeld im Lande zu halten, statt sich auf eine entsprechende Besteuerung zu beschränken. Hierbei wird außer acht gelassen, daß der Wert unserer Valuta teilweise auch von dem Wert, den unser Geld im Inland hat, abhängig ist, und daß der vermehrte Umlauf im Inland und unter Umständen mehr Schaden, als wenn deutsches Papiergeld in Händen ausländischer Spekulanter sich befindet, die seinen Wert nicht ohne weiteres herabdrücken wollen oder können. Es erscheint fraglich, ob es nachteiliger ist, wenn deutsches Papiergeld sich unbekümmert im Ausland befindet, als wenn es sich im Inland ansammelt, um sich bei starkem Steigen der Preise auf den Warenmarkt zu stürzen.

Die durch die Papiergeldinflation und das Sinken der Valuta hervorgerufene Mehrbeschäftigung der deutschen Industrie ist vielfach nur eine Scheinblüte. Trotz der für die Warenverkäufer hohen Gewinne verkauft das valutafschwache Inland zu billig und bezahlt die notwendige Einfuhr viel zu teuer. Die hierdurch verursachte Beschränkung der letzteren treibt die Inlandspreise ebenfalls in die Höhe.

Indem man gewisse Kräfte zu vermeiden oder richtiger gesagt, zu beschneiden sucht, wird das durch die Papiergeldwirtschaft herbeigeführte Währungsselekt nicht ab-, sondern zunehmen. Der Altmeister der deutschen Nationalökonomie Adolf Wagner hat bereits 1869 gelehrt, daß es in diesem Falle ohne

gründliche Operation keine Gesundung gäbe und daß man sich durch die Schere des Patienten nicht davon abhaken lassen dürfe.

Es wäre zu begrüßen, wenn sich auch in Deutschland Männer fänden, die sachkundig und gewillt sind, eine Gesundung des Geld- und damit des gesamten Wirtschaftslebens herbeizuführen, soweit es unter dem Druck der Entente möglich ist. Es gäbe zu diesem Zweck eine Reihe von Mitteln, die so anzuwenden wären, daß ein zu plötzlicher Umlaufung möglichst vermieden würde.

Irrtümer über das Wesen des Geldes und der Umlaufsmittel scheinen die erfolglossten Maßnahmen bis jetzt verhin-dert zu haben. Diese dürfen aber nicht verzögert werden, wenn man nicht weiter jede wirtschaftliche Gerechtigkeit untergraben will. Hier sei daran erinnert, was Helfferich seiner Zeit schon gegen den Bimetallismus, der das Silber mit der alten Wertrelation von 1:15%, statt der tatsächlichen von 1:31 zum Währungsgeld machen wollte. Er nannte ihn damals eine große Verletzung der Fundamentalsätze, auf welchen unsere Rechtsordnung beruht, eine bewußte Benachteiligung derjenigen, welche im Besitze von Geldforderungen sind, es auf Grund privater Obligationen oder auf Grund fester Gehalts- und Pensionsansprüche gegen den Staat — ganz abgesehen von den unheilvollen sozialen Folgen.

Daß bei einer Entwertung des Papiergeldes die bereits das Verhältnis von 1:20 (gegenüber 1:1 früher) überschritten hat, auch die Nachteile, die die gesamte Wirtschaft hierdurch erleidet, noch größer sein müssen, dürfte naheliegend erscheinen.

Andern wir die seitliche Richtung unseres Geldwesens und sorgen wir für die Erholung und Wertbeständigkeit des Geldwertes mit allen hierfür als geeignet erkannten und verfügbaren Mitteln, so werden wir hierdurch nicht nur einer weiteren Zerrüttung unseres Volkslebens vorbeugen, sondern es wird vor allem auch der Staat an Kreditwürdigkeit gewinnen. Andererseits würde bei Ermöglichung einer Einschränkung der Papiergeldwirtschaft dem unbedruckten und unfinanzierten Vorwurf, Deutschland suche mit Hilfe der Notenpresse sich seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Entente zu entledigen und auf einen Bankrott hinzuarbeiten, jeder Boden entzogen.

## Staatsanzeiger.

Im Einverständnis mit dem Ministerium der Finanzen wurde Ingenieurpraktikant Wilhelm Baumgarte, zurzeit in Sterkrade, auf sein Ansuchen in der Liste der Ingenieurpraktikanten gestrichen.

Karlsruhe, den 18. März 1922.

Badisches Arbeitsministerium.

Der Ministerialdirektor:

Fuchs.

Fuchs.

## Badisches Landestheater.

Mittwoch, 29. März 7-9 Uhr 25 Mk.

### Stella.

Die Ziehung der 5. Klasse der 19. Preussisch-Süd-deutschen (245. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung am 11. April 1922 beginnen.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 5. Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 5. April ds. J., abends 6 Uhr bei den zuständigen Badischen Lotterierechnern zu erfolgen. Die auch Kauflose abgeben. Karlsruhe, den 27. März 1922. A.147

Landeshauptkasse.

## Linoleum - Fabrik Maximiliansau

Aktien-Gesellschaft

### Maximiliansau (Rheinpfalz).

Rückbildung von Partial-Obligationen unserer hypothetischen Anleihe vom Jahre 1901.

Gemäß § 4 der Anleihebedingungen kündigen wir zur Rückzahlung am 1. Juli 1922 sämtliche in Umlauf befindlichen Partial-Obligationen. Die Einlösung erfolgt gegen Einlieferung der Obligationen nebst nicht verfallenen Zinscheinen und Talons bei der Rheinischen Kreditbank, Filiale Karlsruhe in Karlsruhe und der Dresdner Bank, Filiale Freiburg in Freiburg i. B., sowie bei der Gesellschaftskasse in Maximiliansau.

Mit dem 1. Juli 1922 hört die Verzinsung der Obligationen auf. Die Einlösung der Obligationen wird auch schon jetzt von den genannten Stellen gegen Berechnung von 4% Stückzinsen vorgenommen. A.138-22

Magimiliansau, den 24. März 1922.

Der Vorstand:

Sorft.

## Auslosung von Schuldverschreibungen.

Bei der am 13. März 1922 stattgehabten Auslosung der auf 1. November 1922 zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen des Anlehens der Stadt Durlach vom Jahre 1906 wurden gezogen:

Lit. A Nr. 9 zu 5000 Mk.,  
Lit. B Nr. 35, 88, 89, 218 u. 225 zu je 2000 Mk.,  
Lit. C Nr. 1, 62, 66, 166, 269, 282, 287, 436 u. 569 zu je 1000 Mk.,  
Lit. D Nr. 79, 103, 225, 325, 387, 503, 509, 549, 558 u. 582 zu je 500 Mk.,  
Lit. E Nr. 63, 77 u. 81 zu je 200 Mk.

Ferner ist ausgelost Lit. C Nr. 170 zu 1000 Mk. Die Inhaber dieser Schuldverschreibungen werden hier-von mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß mit dem 31. Oktober 1922 die Verzinsung der gezogenen Stücke aufhört. Deren Einlösung kann bei der Stadt-kasse Durlach, bei der preussischen Centralgenossenschaftskasse in Berlin und beim Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. in Berlin erfolgen.

Von den früher zur Heimzahlung ausgelosten Schuldverschreibungen wurden bis heute noch nicht eingelöst: Lit. B Nr. 292, Lit. D Nr. 579, 18 und Lit. E Nr. 84. Durlach, den 20. März 1922. A.131-22

Gemeinderat.

M.617.2.1 Schwetzingen. Die Firma Wilhelm Geiger, Weingroßhandlung in Heidelberg, Projektbedoll-

## Mittent gesucht.

Ein im Gemeinbedienst, insbesondere in der Führung der Ständebücher und im sozialen Versicherungs-wesen vorgebildeter, in Maschinen-schreiben u. Stenographie geübter

## Secretariats - Mittent

zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen mit selbstgeschriebenen Lebenslauf und Zeugnissen unter Angabe der Gehaltsansprüche an A.145 Bürgermeisterrat Singen-Solothurn.

## Bekanntmachung.

Bei der Stadtgemeinde Pfullendorf ist die Ratsschreiberstelle sofort neu zu besetzen.

Gelegente Bewerber, welche im Grundbuchwesen gut bewandert sind u. ihre Befähigung durch Zeugnisse nachweisen können, wollen sich melden. Der bisherige Inhaber der Stelle ist in Gehaltsgruppe VII mit Aufstellung nach VIII eingestellt. A.144

Persönliche Vorstellung ist vorerst nicht erwünscht. Pfullendorf, den 23. März 1922. Gemeinderat.

## Zwangsversteigerung

Freitag, den 31. März 1922, nachmittags 3 Uhr, werde ich in Reß (Mehlhafen) Werkhalle II gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern. A.645

1 Kombinierte Abrischt- und Dickenbohrmaschine, Fabrikat Erforbia, Reß, 27. März 1922. Scharbach, Ger.-Vollz. in Reß a. Rh.

## Jagd-Verpachtung.

Bad. Forstamt Bollsch in Bärach verpachtet öffentlich Mittwoch, den 5. April ds. J., vorm. 11 Uhr, auf seinem Geschäftszimmer die Ausübung des Jagdrechts auf der seitherigen Selbstverwaltungsjagd im Domänenwald „Hinterer Mittelwald“ auf Gemarung Bollsch, Hageberg, Schächtenhaus und Wilt-

## Abellangholzverkauf

Das Forstamt Sengenbach verkauft freihändig aus der domänenrechtlichen Moos 1000 Hfm. Abellangholz in 17 Losen. Müßige durch das Forstamt. Angebote bis zum 10. April 1922 erbitten. A.604

## Papierholz- und Grubenholz-Verkauf.

Das Forstamt St. Blasien verkauft unter der Hand den diesjährigen Papierholzanfall im Domänenwald mit etwa 1700 Ster und etwa 150 Ster Grubenholz. Angebote bis längstens am 5. April 1922 beim Forstamt einzureichen, das kostenfrei Losverzeichnis liefert. A.641

## Materialamt der Eisenbahngeneraldirektion.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Badisch - Württemberg-Güterverkehr.

Im badisch-württembergischen Gütertarif vom 1. April 1922 sind auf Seite 43 die Entfernungen der Stationen Oberndorf b. Müdersberg und Oberndorf (Nedar) mit den badischen Knotenstationen 43-54 (Niegel ufm. Mühlheim (Baden)) miteinander verknüpft u. daher umzustellen. A.638

## Deutsche Eisenbahn-tarife.

Ab 1. April d. J. werden die Preiskurse, die Mindest- u. Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Wahnhoffrachten, überfuhr - Stellgebühren ufm. sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverehr (einschl. des Wilschhausnahmetarifs) am 40 v. H. erhöht. Die Erhöhungen werden in der Weise durchgeführt, daß die am 1. Februar d. J. gültig gewesenen Sätze, die auf 1. März um 20 Prozent erhöht wurden, im allgemeinen um 70 v.

## Bedingnisfest

Pläne liegen in unserem Geschäftszimmer auf. Angebotsverordnungen werden nur dort an persönlich erscheinende Bewerber abgegeben. Angebote mit Schriftstück „Empfangsbekundung“ bis spätestens Freitag den 7. April 1922, nachm. 3 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer einreichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Breiten, 21. März 1922.

## Bahnbauprüfung.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Materialamt der Eisenbahngeneraldirektion.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Badisch - Württemberg-Güterverkehr.

Im badisch-württembergischen Gütertarif vom 1. April 1922 sind auf Seite 43 die Entfernungen der Stationen Oberndorf b. Müdersberg und Oberndorf (Nedar) mit den badischen Knotenstationen 43-54 (Niegel ufm. Mühlheim (Baden)) miteinander verknüpft u. daher umzustellen. A.638

## Deutsche Eisenbahn-tarife.

Ab 1. April d. J. werden die Preiskurse, die Mindest- u. Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Wahnhoffrachten, überfuhr - Stellgebühren ufm. sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverehr (einschl. des Wilschhausnahmetarifs) am 40 v. H. erhöht. Die Erhöhungen werden in der Weise durchgeführt, daß die am 1. Februar d. J. gültig gewesenen Sätze, die auf 1. März um 20 Prozent erhöht wurden, im allgemeinen um 70 v.

erhöht werden. Die Erpreisaufschreibungen werden in gleichem Ausmaß erhöht; die Mindestfrachten hierfür bleiben von der Erhöhung ausgenommen. Die im deutschen Eisenbahn-Verfahren und Gepädart, Teil 1, vorge-sehene entsprechenden Nebengebühren wie Wägelgelde, Gebühren für nach-trägliche Verfügungen u. Unbefähigtkeitsmeldungen erfahren die gleiche Erhöhung. A.640

## Bahnbauprüfung.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Materialamt der Eisenbahngeneraldirektion.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Badisch - Württemberg-Güterverkehr.

Im badisch-württembergischen Gütertarif vom 1. April 1922 sind auf Seite 43 die Entfernungen der Stationen Oberndorf b. Müdersberg und Oberndorf (Nedar) mit den badischen Knotenstationen 43-54 (Niegel ufm. Mühlheim (Baden)) miteinander verknüpft u. daher umzustellen. A.638

## Deutsche Eisenbahn-tarife.

Ab 1. April d. J. werden die Preiskurse, die Mindest- u. Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Wahnhoffrachten, überfuhr - Stellgebühren ufm. sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverehr (einschl. des Wilschhausnahmetarifs) am 40 v. H. erhöht. Die Erhöhungen werden in der Weise durchgeführt, daß die am 1. Februar d. J. gültig gewesenen Sätze, die auf 1. März um 20 Prozent erhöht wurden, im allgemeinen um 70 v.

## Bedingnisfest

Pläne liegen in unserem Geschäftszimmer auf. Angebotsverordnungen werden nur dort an persönlich erscheinende Bewerber abgegeben. Angebote mit Schriftstück „Empfangsbekundung“ bis spätestens Freitag den 7. April 1922, nachm. 3 Uhr, auf unserem Geschäftszimmer einreichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Breiten, 21. März 1922.

## Bahnbauprüfung.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Materialamt der Eisenbahngeneraldirektion.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Darzahlung Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1921 und unanbringliche Güter, darunter ein Personenfahrzeug, am Freitag, den 31. März d. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Warabahnhof). Das Fahrzeug wird nach 11 Uhr vormittags aus-geliefert. A.641

## Badisch - Württemberg-Güterverkehr.

Im badisch-württembergischen Gütertarif vom 1. April 1922 sind auf Seite 43 die Entfernungen der Stationen Oberndorf b. Müdersberg und Oberndorf (Nedar) mit den badischen Knotenstationen 43-54 (Niegel ufm. Mühlheim (Baden)) miteinander verknüpft u. daher umzustellen. A.638

## Deutsche Eisenbahn-tarife.

Ab 1. April d. J. werden die Preiskurse, die Mindest- u. Sonderfrachttarife, die örtlichen Gebühren (Wahnhoffrachten, überfuhr - Stellgebühren ufm. sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverehr (einschl. des Wilschhausnahmetarifs) am 40 v. H. erhöht. Die Erhöhungen werden in der Weise durchgeführt, daß die am 1. Februar d. J. gültig gewesenen Sätze, die auf 1. März um 20 Prozent erhöht wurden, im allgemeinen um 70 v.